

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die oberspaltene Postzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Begrüßungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die sozialdemokratische Reichskonferenz.

Der Reichskonferenz, die vom 21. bis 23. September in Berlin tagte, ist von allen Seiten sehr lebhaftes Interesse entgegengebracht worden. Bei der großen Bedeutung, die ihr, nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die gesamte innere Politik in Deutschland beigemessen werden mußte, war dieses Interesse auch sehr berechtigt.

Die Konferenz gehört zu den „Ersatzmitteln“, die der Krieg in so reicher Fülle hervorgebracht hat. Eigentlich hätte ein Parteitag abgehalten werden müssen. Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die sich im Laufe des Krieges herausgebildet haben, hätten eine klare Aussprache notwendig gemacht. Angesichts der Angriffe, die sich in immer schärferer Form gegen den verantwortlichen Träger der sozialdemokratischen Politik, den Parteivorstand, richteten, war es geboten, noch zu prüfen, ob die Mitglieder des Parteivorstandes ihr Amt noch zu Recht ausüben. Haben sie sich des Vertrauens unwürdig gezeigt, waren sie die Verräter, als welche sie ihre Ankläger hinstellten, dann hätten diese vor allem die Pflicht gehabt, auf die Einberufung des Parteitages zu dringen, um der höchsten Parteinstanz Gelegenheit zu geben, ihr Urteil über den Parteivorstand und die übrigen Parteinstanzen zu fällen. Wenn die Politik des 4. August, wie sie vom Parteivorstand, von der Mehrheit der Reichstagsfraktion und den meisten sonstigen Parteifunktionären vertreten wird, falsch ist, dann hätten diejenigen, die das behaupten, erst recht dahin wirken müssen, durch eine Abstimmung auf dem Parteitag zu beweisen, daß tatsächlich die Mehrheit der Parteimitglieder hinter ihnen steht.

Als aber der Gedanke der Einberufung eines Parteitages auf die Tagesordnung gestellt wurde, da wurde dieser Gedanke von den Organen der Opposition auf das schärfste bekämpft. An und für sich betrachtet, ist auch ein sozialdemokratischer Parteitag in der Kriegszeit eine sehr mißliche Sache. Nicht nur, daß der herrschende Belagerungszustand die notwendige freie Aussprache unmöglich macht, viel schwerer fällt ins Gewicht, daß eine sehr große Zahl, die Hälfte, wenn nicht mehr, der Parteimitglieder im Felde steht und dadurch der Mitwirkung am Parteileben entgegen ist. Gerade dieser Umstand hätte aber auch der Kritik an der Tätigkeit der Parteivertreter Zügel anlegen müssen. Leider ist aber die Kritik immer „radikaler“ geworden. Eine Aussprache unter den Vertretern der Parteimitglieder wurde unabweisbar, zumal der Parteiausschuß, der in seiner überwiegenden Mehrheit die Politik des 4. August billigte, aus diesem Grunde gleichfalls als „Instanz“ herabgewürdigt wurde. So versiel man auf den Ausweg der Einberufung einer „Reichskonferenz“. Nach einigem Schwanken erklärte sich auch die „Opposition“, die neben der eigentlichen Parteio rganisation über besondere Organisationen verfügt, mit der Beschickung der Reichskonferenz einverstanden.

Die Konferenz tagte im Reichstagsgebäude, wo sie vor innersicherer Überwachung sicher war, und die Vertreter die Möglichkeit zu einer ungehinderten Aussprache hatten. Leider mußte dieser Vorzug mit dem strengen Ausschluß der Öffentlichkeit erkauft werden, die über den Verlauf der Konferenz nur das erfahren hat, was parteiantlich mitgeteilt wurde. Auf der Konferenz waren alle Richtungen vertreten. An ihr nahmen 307 Delegierte teil. Außerdem waren der Parteivorstand, die Kontrollkommission, der Parteiausschuß und die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten erschienen.

Das hervorstechendste Ergebnis der Konferenz ist, daß sie eigentlich alles beim alten läßt. Wenn da und dort erhofft wurde, daß die Konferenz zu einer Verständigung innerhalb der Partei führen würde, so ist diese Hoffnung getäuscht worden. Es wäre unseres Erachtens bei einigem guten Willen die Möglichkeit gegeben gewesen, eine Verständigung wenigstens insoweit zu schaffen, daß die Gegensätze künftig in kameradschaftlichen Formen ausgetragen werden. Ob Versuche nach dieser Richtung unternommen wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Das Resultat liegt aber vor: Es bleibt beim alten. Der Bruderkampf wird in der seitherigen widerwärtigen Weise weitergeführt und damit auch weiter der Arbeiterschaft schwerer Schaden zugefügt. Es hat tatsächlich unter diesen Umständen wenig zu befagen, daß es nicht zur formellen Spaltung der Partei gekommen ist. Die Weiterführung des Bruderkampfes macht den vorhandenen Miß immer tiefer und läßt die Hoffnung, in absehbarer Zeit zu einer Verständigung zu kommen, immer mehr schwinden.

Den Willen, es nicht zu einer Verständigung kommen zu lassen, hatte gleich bei Beginn der Verhandlungen der Abgeordnete Ledebour zum Ausdruck gebracht, als er im Namen von über 100 Abgeordneten und Delegierten erklärte, daß sie sich an der Konferenz nur beteiligen, um diese Gelegenheit zur Aussprache nicht vorübergehen zu lassen. Diese Gelegenheit ist auch ausgenutzt worden. Nachdem Scheidemann über die Politik der Partei und Chert über die Tätigkeit des Parteivorstandes referiert hatten, legte Haase in einer Rede, welche die ganze Vermittlungsgang des zweiten Verhandlungstages ausfüllte, den Standpunkt der Opposition dar, und schließlich sprach noch Käthe Dunder für die Gruppe „Internationale“ mit unbeschränkter Redezeit.

Die Abstimmungen haben bewiesen, daß die große Mehrheit der Konferenz auf dem Boden der Politik des 4. August steht, wie sie vom Parteivorstand und der Mehrheit der Reichstagsfraktion vertreten wird. Die Messung der Kräfte erfolgte übrigens bei einer Frage der Geschäftsordnung. Die Opposition hatte nicht ein positives Programm zur Abstimmung gestellt, sondern Haase hatte unter Bestreitung der Kompetenz der Konferenz beantragt, eine Beschlusfassung über sachliche Anträge abzulehnen. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 275 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Es ist bekannt, daß es Parteimitglieder gibt, die wohl auf dem Boden der Mehrheit stehen, aber es für bedenklich finden, der Parteikonferenz, die im Parteistatut nicht vorgesehen ist, Rechte zu übertragen, die nur dem Parteitag zustehen. Unter diesem Gesichtspunkt war die Formulierung der der Konferenz vorgelegten Frage zweifellos sehr geschickt. Aber dieser Umstand nimmt auch der Abstimmung ein wenig von ihrer Bedeutung. Es darf bezweifelt werden, ob die sachliche Opposition gegen die Parteimehrheit wirklich mit 168 Stimmen auf der Konferenz vertreten war.

Ein von David eingebrachtes Manifest zur Friedensfrage wurde mit 251 gegen 5 Stimmen angenommen, 15 Stimmen waren ungenügend. Ein Antrag Auer, der die Bewilligung der Kriegskredite billigt und die Abspaltung eines Teiles der Fraktion von der Gesamtkonferenz mißbilligt, wurde mit 218 gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Die 98 anwesenden Reichstagsabgeordneten haben an dieser Abstimmung über die parlamentarische Taktik nicht teilgenommen.

Das ist das wesentliche Ergebnis der vorgenommenen Abstimmungen. Nach wie vor anerkennt die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie die Pflicht zur Landesverteidigung. Dieser Krieg ist für Deutschland ein Verteidigungskrieg, und es gilt, die Gefahren, die unserem Lande drohen und die Arbeiterschaft nicht zuletzt treffen würden, abzuwehren. Mit aller Entschiedenheit weist die Sozialdemokratie aber auch alle Eroberungspläne zurück. Sie strebt unablässig nach der baldigen Herbeiführung eines dauernd gesicherten Weltfriedens.

Dieses Ergebnis der Konferenz kann nicht beeinträchtigt werden durch Herummäkeln an dem Vertretungssystem. Der „Vorwärts“ nennt es in seiner Besprechung der Konferenz „ein scharf und undemokratisches Vertretungssystem“. Es unterscheidet sich aber von dem Vertretungssystem zum Parteitag im wesentlichen nur dadurch, daß es den Wahlkreisen mit schwachen Organisationen ein geringeres Vertretungsrecht gab. Der „Vorwärts“, der sich schon lange als Organ der Opposition fühlt, deren zahlenmäßige Schwäche im Reich die Konferenz dargetan hat, sucht wieder einmal die Massen gegen die Führer auszuspielen. Wenn wir nicht sehr irren, zählen doch wohl auch diejenigen, die im „Vorwärts“ gegen die „Instanzen“ wettern, ebenfalls zu den „Führern“. Und deren Urteil über die „Masse“ ist für diese nicht gerade schmeichelhaft. Sagt doch der „Vorwärts“: „Die Masse des Proletariats ist leider — dank unserer Schul- und allgemein-kapitalistischen Kulturzustände — nicht in der Lage, von höherer politischer und geschichtlicher Warte herab selbstständig über die durch den Weltkrieg so aktuell gewordenen Streitfragen der Völkergeschichte entscheiden zu können.“ Der Urteilsfähigkeit der Massen, auf die er sich beruft, stellt der „Vorwärts“ damit kein gutes Zeugnis aus, aber er vertraut dem gesunden unversäulchten Menschenverstand der Massen, die nach ungehinderter Anhörung der Ansichten der beiden Teile ein ausschlaggebendes Urteil fällen können. Nun wohl! Auf der Reichskonferenz war die Gelegenheit gegeben, alle Ansichten ungehindert vorzutragen. Nach Anhörung dieser Ansichten haben sich die Vertreter der Massen in ihrer großen Mehrheit gegen die Opposition entschieden. Leider dürfen wir nicht hoffen, daß aus dieser Entscheidung die für die Einigkeit der Arbeiterschaft und für die Schlagkraft der Arbeiterorganisationen so notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Unser Interesse am Lehrlingswesen.

II.

Die Zahl der Lehrlinge ist im Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Arbeiter schon lange im Rückgang begriffen. Das hängt mit der fortschreitenden Arbeitsteilung und der dadurch ermöglichten steigenden Beschäftigung ungeranter Arbeiter zusammen, worauf wir bereits hingewiesen haben. Allerdings ist die absolute Zahl der Lehrlinge im allgemeinen gestiegen, doch weisen einzelne Gewerbebezirke auch einen absoluten Rückgang der Lehrlingszahl auf. Bei der Gewerbebeziehung im Jahre 1895 wurden in allen Gewerbeabteilungen zusammen, also in Gärtnerei, Bier- und Fischerei, in der Industrie und im Handel und Verkehr 701.033 Lehrlinge gezählt, im Jahre 1907 war die Zahl auf 809.286 gestiegen. Diese absolute Zunahme bedeutet aber einen verhältnismäßigen Rückgang.

Denn von je 100 Arbeitern waren im Jahre 1895 10,8 Lehrlinge, im Jahre 1907 aber nur noch 8,9.

Die weitaus größte Zahl der Lehrlinge entfällt auf die Gewerbeabteilung Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe. Hier wurden im Jahre 1895 610.507 Lehrlinge oder 11,0 unter 100 Arbeitern gezählt; im Jahre 1907 waren es 689.668 oder 8,7 Prozent der beschäftigten Arbeiter. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ist von 1895 bis 1907 die Zahl der Lehrlinge auch absolut zurückgegangen, von 65.875 oder 17,8 Prozent auf 61.188 oder 11,6 Prozent der beschäftigten Arbeiter. Ein ähnliches Verhältnis finden wir, wenn wir in der Gewerbebestandsliste die Gewerbezweige aus der Gruppe Industrie der Holz- und Schnitzstoffe betrachten, aus denen sich die Mitglieder unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hauptsächlich rekrutieren, nämlich die Klassen: „Glatte Holzwaren“, wozu insbesondere die verschiedenen Zweige der Tischlerei zählen, und „Verfertigung, Veredelung und Vergoldung von Dreh- und Schnitzwaren, auch Korbschneiderei“. Hier gab es im Jahre 1895 55.799 Lehrlinge, 1907 aber nur 53.453. Im Jahre 1895 waren 22,9 Prozent, 1907 nur 15,3 Prozent der beschäftigten Arbeiter Lehrlinge.

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ist die durchschnittliche Lehrlingshaltung weit größer als in allen Industriezweigen zusammengenommen. Waren in der Gesamtindustrie im Jahre 1907 8,7 Prozent der beschäftigten Arbeiter Lehrlinge, so betrug der Prozentsatz in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 11,6. Weit zahlreicher waren aber die Lehrlinge in einzelnen Zweigen des Gewerbes. So waren von den Beschäftigten in der Möbelfabrikation 13,2 Prozent Lehrlinge, in der Bautischlerei und Parkettfabrikation 18,2 Prozent und in der Gruppe Sonstige Tischlerei gar 24,6 Prozent.

Angesichts dieser Zahlen darf man wohl behaupten, daß in manchen Zweigen unseres Gewerbes die Lehrlingshaltung weit über das Bedürfnis hinausging. Dazu kommt, daß ein sehr großer Teil der Lehrlinge keine Ausbildung in den kleinsten Betrieben erhält. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe sind nach der Gewerbebeziehung vom Jahre 1907 in den Kleinbetrieben, das sind die Betriebe, die einschließlich des Betriebsinhabers bis 5 Personen beschäftigen, 27,4 Prozent der Beschäftigten Lehrlinge. Betrachtet man aber die oben erwähnten Berufszweige, die für unseren Verband hauptsächlich in Betracht kommen, dann finden wir, daß in den kleinsten Betrieben sogar 32,3 Prozent der Beschäftigten Lehrlinge sind. Gegenüber dem Jahre 1895, wo in diesen Betrieben noch 36,2 Prozent der Beschäftigten Lehrlinge waren, ist zwar eine Besserung eingetreten, aber der Umstand, daß in den Kleinbetrieben unseres Gewerbes noch etwa ein Drittel der Beschäftigten Lehrlinge sind, deutet doch darauf hin, daß hier recht ungesunde Zustände herrschen.

Wenn auch zugegeben werden kann, daß es viele kleine Meister gibt, die ihren Lehrlingen eine vorzügliche Ausbildung angedeihen lassen, so muß doch gesagt werden, daß in der großen Mehrzahl der Kleinbetriebe in der Tischlerei die Voraussetzungen für eine tüchtige Lehre völlig mangeln. Von dem unter dem Einfluß des Krieges eingetretenen starken Rückgang der Zahl der Lehrlinge werden nach Lage der Dinge die Kleinbetriebe am stärksten betroffen sein. Bei der Neuregelung der Verhältnisse auf diesem Gebiete wird man darauf achten müssen, daß der Lehrlingszuchterei, die in vielen kleinen Werkstätten betrieben wurde, energischer als früher zu Leibe gegangen wird.

Im Gegensatz zu den Inhabern vieler kleiner Werkstätten, die sich oft aus eigenmütigen Motiven der Lehrlingshaltung widmeten, aber die Ausbildung der Lehrlinge arg vernachlässigten, scheuten die Inhaber großer Betriebe meist die Umstände und die Verantwortung, die mit der Aufnahme und der Ausbildung von Lehrlingen verknüpft sind. Das muß um so ernster gerügt werden, als man in den Berichten der Handelskammern und ähnlichen Publikationen nicht selten den Klagen großer Unternehmer aus dem Holzgewerbe über die unzulänglichen Erfüllungen des Nachwuchses begegnete. Inwieweit diese Klagen berechtigt sind, mag dahingestellt bleiben, es muß aber ausgesprochen werden, daß die Inhaber der Großbetriebe selbst die Pflicht haben, für einen brauchbaren Nachwuchs zu sorgen. Die Einrichtungen der Großbetriebe gestatten es in der Regel, den Lehrlingen eine systematische und gründliche Ausbildung zuteil werden zu lassen. Die Inhaber dieser Betriebe müssen sich nur dieser Ehrenpflicht gegenüber dem Gewerbe, die ihnen obliegt, bewußt sein; sie dürfen ihre Erfüllung nicht scheuen, und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten müssen sie in den Kauf nehmen.

Als ein idealer Zustand wäre es zu betrachten, wenn die Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses von all den Mängeln und Zufälligkeiten, die mit der Meisterlehre notwendig verbunden sind, befreit würde. Am besten wäre es, wenn auch die jungen Handwerker, in ähnlicher Weise wie die angehenden Techniker und die Angehörigen der gelehrten Berufe, ihre Berufsausbildung in öffentlichen, vom Staat unterhaltenen Schulen genießen würden. Das ist ein Gedanke, gegen den sich die Vertreter der Handwerkerorganisationen mit aller Entschiedenheit streuben. Sie dürfen sich auch auf einige fehlgeschlagene Versuche dieser Art beziehen. Diese Fehlschläge beweisen aber unseres Erachtens nichts gegen den Gedanken an sich, sondern nur gegen das ge-

wählte System seiner Durchführung. Leider ist für absehbare Zeit nicht mit der Errichtung staatlicher Handwerkerhöfen in größerem Umfang zu rechnen. Solche Einrichtungen würden große Kosten verursachen, und die Errichtung des Baus für absehbare Zeit mit den Ausgaben für Kriegszwecke so stark belastet sein, daß für die Errichtung von Kulturanstalten schmerzlich etwas übrig bleiben wird. Als behelfsmäßiger Ersatz für solche staatliche Handwerkerhöfe können die Lehrentwicklungsstellen in den einzelnen Gewerbetrieben auch in der Holzindustrie in Betrachtung mit ihren Betrieben eingerichtet haben. Das sind Maßnahmen, die Beachtung und Nachahmung verdienen.

Das Fortbildungswesen hat in den letzten Jahren, zumal in einigen Großstädten, eine außerordentlich hohe Entwicklung erlitten. Im ganzen ist es noch sehr unvollständig geblieben. Der Mangel der Fortbildungsschule ist aber eine unumgängliche notwendige Ergänzung zu der heute üblichen Mittelstufe. Der Widerstand, den viele Meister dem Besuch der Fortbildungsschule durch ihre Lehrlinge entgegensetzten, beginnt einer besseren Erkenntnis Platz zu machen, er ist aber noch lange nicht völlig überwunden. Abgesehen von gewissen Gegenständen zwischen der Vertretung der Gewerbetreibenden und den Schulbehörden, die sich auf Verhütung und Unterrichtsmethode beziehen, ist die Fortbildung des Lehrkräfte auf die Tagesstunden für manche Meister ein Stein des Anstoßes. Er betrachtet den Schulbesuch nur unter dem Gesichtspunkt der Arbeitszeitvermehrung, ohne den Nutzen in Betracht zu ziehen, der dem Lehrling daraus erwächst, daß er den Unterricht in einer Zeit besuchen kann, die er sonst nicht aufnehmen könnte.

Die Fortbildung hat der Regelung des Lehrlingswesens in die Hände der Innungen gelegt. Das geschah in Anlehnung an Zustände, wie sie in früheren Jahrhunderten bestanden. Ob aber die Übertragung so weitgehender Befugnisse an die Innungen der Lehrlingsausbildung zum Vorteil gereichen, ist eine Frage, die nicht unbedingt bejaht werden kann. Am Mittelalter, wo das gesamte Bürgerturnier organisiert war und die Innung einen sehr wertvollen Nachschub darstellte, war es verständlich, daß die Aufnahme des Lehrlings in die Innung einen besonderen Akt darstellte. Wie die Innung als mächtigster Selbstverwaltungsbereich ihre Angehörigen in engerer Nähe hielt, so übte sie auch einen bestimmenden Einfluß auf die Erziehung des Nachwuchses durch ihre Mitglieder aus.

Die neuere Innungsgesetzgebung hat die äußeren Formen der Handwerksvereine in neuem Leben erweckt. In Wirklichkeit ist es aber, trotz der den Innungen eingeräumten Rechte, nur ein Scheinleben. Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind von Grund auf verschieden von denen in der Zeit, da die Innung in Blüte standen. Eine Voraussetzung für diese Blüte war die handwerksmäßige Produktion, die heute, als rückständige Form der Wertverwertung, im ganzen nur noch ein kümmerliches Dasein findet. Die Innungen bestehen als geschlossene, privilegierte Gebilde, aber ihre einstigen Mitglieder müssen anerkennen, daß ihnen die Kraft fehlt, die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen, die ihnen die Gesetzgebung zuweist hat.

Die Aufgaben der Innungen sind im § 11a der Gewerbeordnung umschrieben. Da steht unter Nummer 1: Die Führung des Gemeinwesens sowie die Aufrechterhaltung und Erhaltung des Standes unter den Innungsmitgliedern. Das ist recht unbestimmte Begriffe, mit denen sich in der Praxis nicht viel anfangen läßt. Wichtiger ist der zweite Punkt: Die Förderung eines gedeihlichen Verkehrs zwischen Meister und Gesellen (Schüler) sowie die Fürsorge für das Heranwachsen und den Arbeitsnachweis. Was die Innungen auf diesen Gebieten leisten, ist sehr mager. Das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen wird durch den Tarifvertrag geregelt, aber die Innung ist als Vertragsmittler ein sehr seltenes Erscheinungsbild, und daß die Innung den Willen eines Tarifvertrages dem Gesellen gegenüber dem von der Innungsgesetzgebung anerkannten Organ zur Vertretung der Arbeitnehmer, übertragen, keine Ausnahme macht. Die Vertretung der Arbeitnehmer wird von der Gewerkschaft übernommen, deren Organe schließlich Tarifverträge abschließen und als Vertreter der Unternehmer mit der Innung, sondern der Arbeitgeber-Schutzverband gegenüber.

Die Aufgabe des Arbeitgeber-Schutzverbandes überläßt die Innungen im Rahmen der eigenen Unfähigkeit, schon lange der Gewerkschaften. Und in der wirtschaftlichen Form der Innung eine Vertretung, die die Interessen der Innung zu vertreten vermag, die die Interessen der Innung zu vertreten vermag, die die Interessen der Innung zu vertreten vermag.

Die Innung als ein Organ der Innungsgesetzgebung, das die Innung zu vertreten vermag, die die Interessen der Innung zu vertreten vermag, die die Interessen der Innung zu vertreten vermag.

Adolf v. Elm gestorben.

Am Abend des 18. September ist Adolf v. Elm einem Herzschlag erlegen. Überall, wohin diese Trauerbotschaft kam, hat sie schmerzliche Teilnahme erregt; ist doch mit Adolf v. Elm der Besten einer aus der deutschen Arbeiterbewegung ins Grab gesunken. 59 Jahre ist v. Elm alt geworden; sein Leben war erfüllt von Arbeit für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. In den verschiedensten Zweigen der Arbeiterbewegung hat er sich hervorragend betätigt, und auf manchen Gebieten ist er bahnbrechend vorangegangen. Seine Arbeit war von reichen Erfolgen getränkt, und er hat den Dank der Arbeiterklasse, der sich in der aufrichtigen Teilnahme an seinem Hinscheiden äußert, in reichem Maße verdient.

Adolf v. Elm war ein rechter Proletarier. Am 24. September 1857 in Wandsbek geboren, hat er hier und in Hamburg die Bürgerschule besucht und dann Zigarren- und Zigarettenfabrik geleitet. Nach vierjährigem Aufenthalt in Amerika ist er 1882 nach Deutschland zurückgekehrt, übertrug ihm seine Kollegen die Geschäftsleitung des Vereins der Zigarettenfabrikanten. Die später erfolgte Verschmelzung des Zigarettenfabrikantenverbandes mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband war zu einem guten Teil seinen Bemühungen zu danken. Das Interesse v. Elms beschränkte sich aber nicht auf die gewerkschaftliche Betätigung innerhalb seiner engeren Berufsgenossen. Als sich die ersten Regungen zur Schöpfung eines organisatorischen Zusammenschlusses der Gewerkschaften äußerten und im November 1890 die Gründung der Generalkommission beschlossen wurde, da war auch v. Elm dabei. Für seinen Beitritt zeugt es, daß er sich damals schon für die Unterstützung der Arbeitslosen aussprach. Adolf v. Elm wurde damals als Mitglied der Generalkommission gewählt, und er gehörte ihr bis zu deren Verfall nach Berlin an. Er hat an fast allen Gewerkschaftskonferenzen teilgenommen; verschiedene Male waren ihm dort wichtige Referate übertragen.

Unschätzbare Verdienste hat sich neben seinem Wirken für die Gewerkschaften v. Elm auch um die politische Arbeiterbewegung erworben. Von 1894 bis 1906 war er Reichstagsabgeordneter. An all den vielen Stellen, an die er berufen wurde, um für die Arbeiterschaft zu wirken, hat Adolf v. Elm Vortragendes geleistet, am erfolgreichsten war aber seine Arbeit für das Genossenschaftswesen. Er hat das Genossenschaftswesen auf eine höhere Stufe gehoben. Sein erstes großes Werk auf diesem Gebiet war die im Anschluß an den großen Tabakarbeiterstreik im Jahre 1892 ins Leben gerufene Tabakarbeiter-Genossenschaft. Die Gründung solcher Produktionsgenossenschaften im Anschluß an Lohnkämpfe ist öfters versucht worden, aber selten geglückt. Die Tabakarbeiter-Genossenschaft hat aber alle Schwierigkeiten unter v. Elms Führung überwunden und sich prächtig entwickelt. Seit Beginn des Jahres 1910 ist sie mit der Großenhans-Gesellschaft deutscher Konsumvereine verschmolzen.

Die im Jahre 1898 erfolgte Gründung der Hamburger Genossenschaft „Produktion“ war ein großartiger Erfolg. Der ähnen Energie v. Elms gelang es, die Zweifel durch die Tat ins Unrecht zu setzen. Lange Jahre wirkte v. Elm als Vorsitzender im Aufsichtsrat des Konsum-Verbandes und Erarbeits „Produktion“, der im Lauf der Zeit zu einem weitverzweigten Unternehmen und zur Muster-Genossenschaft heranwuchs. Die im Jahre 1912 erfolgte Gründung der „Volkshilfe“ war im wesentlichen v. Elms Werk, dem er bis zu seinem viel zu frühen Tode als Geschäftsführer vorstand.

Adolf v. Elm hat in der Arbeiterbewegung eine große Zahl von Ehrenämtern bekleidet und sich mit nie verlagernder Arbeitskraft den übernommenen Aufgaben gewidmet. Ohne deshalb die anderen Zweige der Arbeiterbewegung zu vernachlässigen, hat er sich in den letzten Jahren vornehmlich dem Genossenschaftswesen gewidmet. Der Genossenschaftsbewegung hat er ganz unerschöpfliche Dienste geleistet, und in der Mitte der Arbeiter-Konsumgenossenschaftsbewegung in ganz Deutschland zeigen sich die Spuren seines Wirkens.

Durch v. Elms Tod hat die deutsche Arbeiterschaft einen schweren Verlust erlitten. Er selbst aber hat sich durch sein Wirken ein Denkmal gesetzt, das die Zeiten überdauern wird.

Soziales.

Gegen anonyme Verleumdungen

Wieder ist der nachfolgende Aufruf „An die Parteigenossen“, von der Parteivorstand und die Generalkommission am 18. September gemeinsam veröffentlicht worden:

Der unbekanntem Personen, die sich unter dem Deckmantel „Anonymität“ verbergen, wird das Recht fortgesetzt mit Flugblättern belästigt. Man weiß nicht immer mit Sicherheit, welcher besonderen Gruppe der belästigten Opposition im einzelnen Falle durch die Flugblätter gedient werden soll. Die folgende Herabwürdigung der Parteitätigkeit, die unangelegte wilde Behauptung und Verdächtigung der im Vordergrunde der Arbeiterbewegung stehenden Führer und Personen müssen schließlich zur Zerrüttung der Parteiverhältnisse führen.

Die Methoden der anonymen Verleumdungen sind so hoch entwickelt, daß sie einer Überlegung nicht bedürftig, sondern vielmehr bedauerlich sind, aber doch einmal öffentlich gemacht werden, um der Welt in den Flugblättern gezeichnete Bilder zu zeigen. In der Welt der Deutschen ist es noch nicht allgemein bekannt, daß die Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften sehr ernst in den Köpfen gefaßt haben, die einen Parteibekanntem unternehmen können.

Der damit nicht genug:

Durch die Drückung des 18. des letzten Diebstahls der Parteivorstand und Parteigenossen zur Regierung in die Hände gekommen. Solche die Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand der Parteivorstand gefaßt gemacht. Die Parteivorstand der Parteivorstand hat in den Köpfen gefaßt.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat den Mias gegen die streikenden Arbeiter entworfen, und in alleruntertänigstem Gehorsam hat auch der zitternde Parteivorstand seinen Namen darunter gesetzt. Gegen Arbeiter, gegen streikende Arbeiter, gegen Parteigenossen in der Zeit des Belagerungszustandes lehnen sich gemeinsam die beiden höchsten Instanzen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland!

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß jedes Wort dieser Behauptungen eine freche Verleumdung ist. Weder eine Militär-, noch irgendeine andere Behörde hat auch nur den geringsten Verdacht gemacht, auf die Generalkommission oder den Parteivorstand in dem angegebenen Sinne einzuwirken. Weder hat die Generalkommission den Entwurf zu irgendeinem Mias gemacht, unter den der Parteivorstand seinen Namen gesetzt hätte, noch hat eine Verbreitung der Warnung, wie gleichfalls behauptet wird, unter irgendwelcher Assistenz von Polizeivorgängen stattgefunden.

Wahr dagegen ist, daß die beiden Körperschaften, denen die gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter das größte Vertrauen schenken, aber auch mit der schwersten Verantwortung belasteten, gemeinsam geworden haben vor den gewissenlosen Aufforderungen vollkommen unbekannter Personen zu Handlungen, die für jeden Teilnehmer die schwersten Folgen haben könnten. Diese Warnung vor dem Treiben anonymer Flugblattschreiber halten wir vollkommen ausreicht und wiederholen sie hiermit.

Die Einstellung der Arbeit kann schon in friedlichen Zeiten eine so folgenschwere Handlung sein, daß alle Gewerkschaften besondere Streikbestimmungen getroffen haben. Nach diesen soll jede unüberlegte Arbeitseinstellung unmöglich gemacht werden; sie wird abhängig gemacht von der Zustimmung der in Betracht kommenden Organisationen bzw. der Zentralverbände. Jetzt im Aricege sollten nun die beruflichen Körperschaften ruhig zusehen, wie durch ein unverantwortliches Treiben unbekannter Personen gutgläubige Arbeiter ins Unglück gestürzt, die mühsam aufgebauten Organisationen auf das schwerste gefährdet, wenn nicht direkt dem Untergange geweiht werden?

Wo sind denn die Adressen der geheimnisvollen Flugblattschreiber, an die sich die Arbeiter oder deren Angehörige doch wenden müssen, wenn sie infolge der Treibereien durch „wilde Streiks“ in Not geraten und gezwungen sind, Unterstellungen anzufordern? Jeder sozialistisch geschulte Arbeiter wird uns zustimmen, wenn wir darüber wachen, daß die Organisationen nicht beiseite geschoben werden und über deren Köpfe hinweg unbekannte Personen die Arbeiter zu dirigieren suchen.

Schiedshof und Abkehrschein in Bayern.

Nach einer Bekanntmachung der bayerischen Militärbehörden ist das für den Bereich der drei bayerischen stellvertretenden Generalkommandos unter Mitwirkung der Feldzeugmeisterei getroffene Abkommen über Vertragsabkehr und Schiedshof am 15. September in Kraft getreten.

Die Arbeitgeber, die für den Heeresbedarf arbeiten oder vom Heeresdienst reklamierte Arbeiter beschäftigen, ebenso Arbeitgeber, die das Abkommen unterzeichnet haben, sind bei Meldung der Verpflichtung zum Schadenersatz gehalten, jedem Arbeitnehmer die Lösung des Arbeitsverhältnisses zu bestätigen, sofern das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß gelöst wurde. (Sog. Vertragsabkehr.) Wird einem Arbeitnehmer die Vertragsabkehr verweigert, so ist er, unbeschadet seiner Verpflichtung zur einseitigen Fortsetzung der Arbeit, befugt, durch seinen Verband oder unmittelbar Beschwerde bei dem Vorsitzenden des für seinen Bezirk zuständigen Schiedshofes zu erheben. Schiedshöfe bestehen derzeit in München, Würzburg und Nürnberg. Als Vorsitzende sind bestellt: für München: Oberingenieur Stief, Lokomotivfabrik Krauss u. Co., München, Marsfeld; für Würzburg: Kommerzienrat Kahle, Würzburg, Bismarckstr. 22; für Nürnberg: Prof. Dr. Rißmann, Nürnberg, Siemens-Schubert-Werke. Arbeitnehmer, die nicht im Besitz der Vertragsabkehr sind, dürfen künftig von den Arbeitgebern nicht mehr eingestellt werden, es sei denn, daß sie vorher länger als vier Wochen in einem Betrieb oder Gebiet Deutschlands gearbeitet haben, in dem das Abkommen nicht gilt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung Nummer ist der 40. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Erkrankte Mitglieder haben nach § 60 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitsunfähigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Bevor die Arbeitsunfähigkeit jedoch nicht durch ärztliches Urteil festgestellt ist, darf die Krankmeldung nicht entgegengenommen werden. Der Anspruch auf die Krankenunterstützung des Verbandes beginnt am achten Tage der Arbeitsunfähigkeit, vom Tage der Meldung an gerechnet. Die Unterstützung ist am Schluß jeder Woche in Empfang zu nehmen.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 47548 Hugo Jarnot, Dicht., geb. 3. 12. 63 zu Hagen.
- 74197 W. Meuche, Dicht., geb. 23. 7. 96 zu Schmöln.
- 741642 W. Heit, Dicht., geb. 23. 1. 90 zu Breslau.

Berlin SO. 16, am Röhrenden Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Kleinagitation im Gau Hamburg.

Die „Kleinagitation“ hat auch in diesem Frühjahr die Parteivorstand die Parteivorstand zu einer regen Agitation angesetzt und im Gau durch das Flugblatt „Mias“ und die „Kleinagitation“ eine große Umwälzung erreicht. Über das Ergebnis der Bemühungen haben von 12 Parteivorstand 41 Bericht erstattet, die einen Parteivorstand nicht gesandt haben.



- Ehrentafel**
Der in Kriege gefallenen Verbandmitglieder
- Walter Albert, Tischler, Zeitz.
Richard Altenburg, Leisnig.
Willy Arnold, Tischler, Magdeburg.
Richard Ahmann, Tischler, Breslau.
Walter Bachmann, Korbm., Dresden.
Richard Balhaus, Klavierarb., Berlin.
Eduard Banz, Bürstenmacher, Dortmund.
Hermann Bartels, Schiffszimm., Bremen.
Richard Baumgart, Tischl., Rabenau.
Willy Dautittel, Gummidrechsler, Leipzig.
Heinrich Dellmann, Modell., Hamburg.
Wilhelm Berger, Tischler, Berlin.
Hans Berger, Polierer, Berlin.
Hermann Bode, Stellmacher, Leipzig.
Paul Wöckel, Tischler, Bremen.
Albert Böhm, Tischler, Bremen.
Hermann Böttcher, Tischl., Königsberg.
Hermann Brinkmann, Bielefeld.
Eduard Brod, Tischler, Berlin.
Johann Müllner, Tischl., Breslau.
Erich Cabernus, Stellmacher, Rostock.
Eduard Crome, Tischler, Hamburg.
Emil Dahms, Bürstenm., Neuruppin.
Franz Daur, Säger, Schneid.
Karl Dedert, Kolbra.
Paul Demant, Tischler, Breslau.
Poleslaus Dembski, Polierer, Berlin.
Herm. Dobbertin, Tischler, Hamburg.
Alfred Dorn, Tischler, Leipzig.
Harry Dreier, Polierer, Berlin.
Alfred Ebert, Stuhlbaner, Rabenau.
Wilhelm Eggert, Stellmacher, Bremen.
Heinrich Elmer, Tischler, Dresden.
Emil Escher, Buchholzl., E.
Fritz Fabricius, Tischler, Bremen.
Friedr. Feuerriegel, Tischl., Hamburg.

- Max Fiebelkorn, Tischler, Hamburg.
Kurt Freitag, Korbmacher, Dresden.
Paul Furcht, Tischler, Magdeburg.
Karl Gerhard, Tischler, Wittenberg.
Otto Göpfert, Stellmacher, Dresden.
Eduard Goldschmidt, Tischler, Hamburg.
Karl Willh. Grohmann, Tischl., Dresden.
Karl Haarmann, Tischler, Dortmund.
Paul Hähnel, Stellmacher, Radeberg.
Paul Hammer, Drechsler, Waldheim.
Karl Haseloff, Steglitz.
Emil Hansen, Tischler, Rostock.
Kurt Hauswald, Holzarb., Glashütte.
Emil Hennig, Tischler, Cottbus.
August Perber, Stellmacher, Bremen.
Rudolf Höhne, Tischler, Stettin.
Paul Hoffmann, Prießus.
Max Hoffmann, Pol., Finsterwalde.
Bruno Hoppe, Stellmacher, Berlin.
Julius Hoppe, Tischler, Breslau.
Walter Horn, Korbmacher, Zeitz.
Friedrich Hübler, M.-A., Leipzig.
Karl Immoor, Tischler, Bremerhaven.
Paul Jäger, Tischler, Berlin.
Martin Jäger, Stuhl., Waldheim.
Richard Jäger, Stellmacher, Berlin.
Gustav Joswig, Hamborn.
Otto Jürgens, Tischler, Magdeburg.
Albert Kahl, Tischler, Dresden.
Paul Kanzol, Holzarb., Bremen.
Max Kasper, Drechsler, Glashütte.
Wilhelm Kegel, Tischler, Hamburg.
Paul Kluge, Eppendorf.
Bernhard Köhler, Tischler, Leipzig.
Leonhard Körber, Drechsler, Heidelberg.
Hermann Kopte, Tischler, Dresden.
Friedrich Kothe, Tischler, Bremen.
Theodor Kückmann, Holzarb., Bremen.
Karl Kunz, Schreiner, Kaiserslautern.
John Langenheim, Tischl., Hamburg.
Ernst Langner, Tischler, Berlin.
Julius Leopold, Tischler, Berlin.
Julius Lindolph, Tischler, Hamburg.
Max Lindner, Stellmacher, Breslau.
Otto Liske, Ristenmacher, Leipzig.

- Adam Löffert, Schr., Frankfurt a. M.
Heinrich Lohans, Holzarb., Bielefeld.
Kurt Lorenz, Stuhlbaner, Rabenau.
Johann Lüllau, Lüneburg.
Johann Mach, Tischler, Breslau.
Gustav Mazahn, Stellmacher, Berlin.
Johann Mathys, Tischler, Zürich.
Gustav Martens, Tischler, Hamburg.
Kurt Martin, Tischler, Leipzig.
Heinrich Matthies, Tischler, Elmshorn.
Erich Michale, Frankfurt a. O.
Gustav Niehe, Modell., Bremerhaven.
Max Märte, Drechsler, Schönlanke.
Richard Mosler, Tischler, Berlin.
Alfred Morge, Tischler, Leipzig.
Edmund Münzer, Tischler, Breslau.
Emil Muntelt, Tischler, Leipzig.
Otto Mühring, Tischler, Magdeburg.
Otto Müller, Tischler, Bielefeld.
Paul Arthur Müller, Tischler, Dresden.
Wilhelm Nagler, Tischler, Berlin.
Alfred Neuland, Frankenhäusen.
Paul Neues, Hamborn.
Karl Neubert, Gummidrechsler, Leipzig.
Friedr. Nudel, Ristenmacher, Bremen.
Willy Oberländer, Korbm., Schneid.
Thomas Ott, Tischler, Leipzig.
Alfred Quander, Tischler, Breslau.
Kurt Pauze, Stuhl., Geringswalde.
Karl Pennborn, Tischler, Zeitz.
Ferdinand Perl, Tischler, Dresden.
Albert Perner, Eppendorf.
Emil Pöfel, Beizer, Zeulenroda.
Alfred Primus, Ristenbauer, Leipzig.
Richard Rabai, Kammarb., Dresden.
Max Reichert, Tischler, Breslau.
Max Reimer, Polierer, Dresden.
Anton Reiners, Tischler, Bremen.
Arno Richter, Schneid.
Paul Röbel, Rudolstadt.
Willy Roese, Stellmacher, Berlin.
Heinrich Röver, Tischler, Haan.
Karl Röwe, Tischler, Berlin.
Walter Saul, Modelltischler, Leipzig.
Friedr. Säuberlich, Säger, Dresden.

- Gustav Scheel, Tischler, Stettin.
Otto Scheinplugg, Stuhlbaner, Rabenau.
Rich. Scheller, Harmoniumarb., Leipzig.
Hermann Schelling, Schiffsb., Bremen.
Kurt Schiffmann, Tischler, Breslau.
Karl Schmidt, Tischler, Rostock.
Hermann Schneider, Tischler, Breslau.
Theodor Schubert, Hilfsarb., Wilsdruff.
Albert Schulze, Klavierarb., Eilenburg.
Otto Schulte, Bürgel.
Albert Seeger, Modell., Bremerhaven.
Friedrich Sempert, Tischler, Bremen.
Albert Senffert, Tischler, Leipzig.
Johann Solortz, Tischler, Breslau.
Heinrich Spall, Tischler, Bremen.
Otto Spiegel, Modelltischler, Leipzig.
Robert Staunig, Polierer, Breslau.
Arthur Stein, Drechsler, Eilenburg.
Karl Steiniger, Gummidrechsler, Leipzig.
Paul Steiger, Tischler, Uetersen.
Willy Stier, Anopfarbeiter, Berlin.
Max Strejow, Polierer, Berlin.
Hans Ströh, Korbmacher, Eisleben.
Oskar Ströh, Tischler, Dortmund.
Paul Stoian, Tischler, Dresden.
Adolf Treutler, Tischler, Leipzig.
Karl Ural, Stellmacher, Pirna.
Georg Vahl, Tischler, Bremen.
Adolf Berner, Tischler, Dresden.
Albin Berner, Tischler, Höchst.
Karl Wetjen, Tischler, Bremen.
Richard Wiener, Tischler, Rostock.
Fritz Wiltkomm, Tischler, Pirna.
Max Winkler, Stellmacher, Halle a. S.
Hermann Wöhl, Tischler, Schwerin i. M.
Willy Wölkert, Modelltischl., Plauen.
Walter Wolf, Ristenmacher, Greiz.
Friedrich Zeise, Modelltischler, Erfurt.
Gustav Zimmermann, Säger, Stettin.
Albert Zoch, Drechsler, Finsterwalde.

Ehre ihrem Andenken!

Der in Nr. 34 als gefallen gemeldete Kollege Adam Krogenhoff aus Haan ist nicht gefallen. Er ist in englische Gefangenenschaft geraten und hat inzwischen ein Lebenszeichen von sich gegeben.

drängen solche, wo die Mitgliederzahl durch den Krieg auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist, und wo gegenwärtig noch Lage der Verhältnisse keine wesentlichen Fortschritte zu erwarten sind. In 10 Zahlstellen sind zu Agitationszwecken 83 Werkstattversammlungen abgehalten, dabei wurden insgesamt 52 Neuaufnahmen erzielt. Hausagitation haben im Frühjahr 22 Zahlstellen veranstaltet. Besucht wurden 198 Unorganisierte, von denen 13 dem Verband beitraten. Nach den vorliegenden Berichten hatten 325 Jungweilern zu Ostern ihre Lehrzeit beendet. Den Bemühungen der Verwaltungen ist es gelungen, von diesen 284 dem Verbande anzuschließen. Das Resultat wurde dadurch beeinflusst, daß manche schon vor oder sofort nach beendeter Lehrzeit zum Militärdienst eingezogen wurden. In größeren Orten hat es sich als vorteilhaft erwiesen, die jungen Kollegen gleich nach der Ausschreibung zu einer Zusammenkunft einzuladen. In den kleinen zum Zahlstellengebiet gehörenden Orten haben 7 Zahlstellen eine Agitation entfaltet und dabei 10 Kollegen gewonnen. Das Flugblatt „Macht euch bereit“ ist in 27 Zahlstellen zur Verbreitung gelangt. Die darauffolgende in 17 Orten unternommene Hausagitation hat uns 13 neue Mitglieder gebracht, während in weiteren 11 Zahlstellen die veranstaltete Werkstattagitation insgesamt 142 Neuaufnahmen ergab. Als Gesamtergebnis ist somit ein unmittelbarer Zuwachs von 494 neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Immerhin ein recht erfreulicher Fortschritt. Die 41 berichtenden Zahlstellen hatten im zweiten Quartal insgesamt 510 Neuaufnahmen. Da aber eine beträchtliche Anzahl von Kollegen eine besondere Bemühungen zu uns gekommen ist, entfällt von den Neuaufnahmen, ein Teil auf das dritte Quartal. Ferner machen aber die eingegangenen Berichte, daß in 16 Zahlstellen am Schluß des zweiten Quartals insgesamt 254 Mitglieder mit mehr denn 8 Beitragsresten geführt wurden. Darauf ihr Augenmerk zu richten, daß diese Kollegen dem Verbande erhalten bleiben, muß die heiligste Aufgabe der betreffenden Verwaltungen sein. Erfreulicherweise kann konstatiert werden, daß im Hamburger Gau, trotz zahlreicher Entfernungen, sich unsere Mitgliederzahl seit Neujahr noch etwas erhöht hat. Sie betrug am Jahreschluß 1915 7955, nach den Monatsberichten von Ende August dagegen 8055. Neben die Kollegen nach besten Kräften dazu beitragen, die Vereine, die uns besonders durch die zahlreichen Entfernungen in den letzten Wochen zugefügt sind, durch Gewinnung neuer Kämpfer ausgeglichen werden.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Im Grund der Tarifverträge treten am 1. Oktober folgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft:

Darmstadt (H. B. Wahr Nachf.): Lohnerhöhung 1 Pf. pro Stunde.

Duisburg (Tischler): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden nebst 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde.

H. Ostermann: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden und Erhöhung der Löhne um 2 Pf. pro Stunde.

Erlangen (H. Bromig): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden nebst Lohnausgleich.

Guben (Tischler): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt und Lohnausgleich geleistet. Der Durchschnittslohn beträgt 45 Pf. pro Stunde.

Wittenberg (Tischler): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 56 auf 55 Stunden und der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht. Der Normallohn beträgt 52 Pf. pro Stunde.

Wittenberg (H. Fritsche u. Co.): Löhne u. Beiträge von 1000 bis 1500 Pf. werden um 2 Pf. erhöht.

München (Drechsler): Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden und 1 Pf. Stundenlohnerhöhung. Der Mindestlohn beträgt 60 Pf.

Veine (Tischler): Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt auf 52 Pf. pro Stunde.

Saarbrücken (Wäbelschreiner): Stundenlohnerhöhung 1 Pf.

Steinach (H. D. Greiner): Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht.

Stettin (Menschläger): Erhöhung der Akkordlöhne um 4 Prozent.

Jossen (Schlafwagen-Gesellschaft): Stundenlohnzulage 1 Pf.

In Berlin hat die Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Schon im vergangenen Jahre wandte sich unsere Verwaltung wiederholt an die „Freie Vereinigung der Berliner Holzindustrie“ (Arbeitgeber-Schutzverband) wegen Gewährung einer Teuerungszulage. Wir erhielten damals von dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes die Zusicherung, daß er, wenngleich die Geschäftstätigkeit in der Berliner Holzindustrie sehr gering sei, doch in allen den Betrieben, wo die Möglichkeit der Gewährung einer Teuerungszulage vorläge und unsere Kollegen eine dahingehende Forderung stellten, eine Zulage empfehlen werde. Als sich bald darauf das Geschäft in unserer Industrie etwas hob, erluchten wir den Arbeitgeber-Schutzverband, mit uns über die Grundzüge zu einer einheitlichen, in allen Betrieben zu zahlenden Teuerungszulage zu beraten. Die Arbeitgeber-Vorstände waren indes nicht dafür zu haben. Obermeister Rahardt erklärte, er könne über den Geldbeutel seiner Kollegen nicht verfügen. Unsere Kollegen waren nun fortgesetzt bemüht, in den Werkstätten eine Teuerungszulage zu erlangen, und verhandelten mit mehr oder weniger Glück im großen ganzen jedoch mit dem Ergebnis, daß die Zulagen gegenüber der Teuerung lächerlich gering waren. Auf Ersuchen unserer Verwaltung fanden deshalb im August d. J. erneut Verhandlungen mit dem Schutzverband statt. Die ins unermessliche gehende Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände veranlaßte uns, die Forderung einer vierzigprozentigen Lohnsteigerung als Teuerungszulage zu stellen. Jetzt verlangten die Arbeitgeber unter anderem die Aufgabe unseres grundsätzlichen Widerstandes gegen Ueberstunden: wir sollten uns hilfsweise damit einverstanden erklären, daß täglich eine Ueberstunde gemacht werden dürfe, mit Ausnahme vom Sonnabend; wöchentlich also fünf Ueberstunden, wenn Arbeitgeber und Arbeiter über die Notwendigkeit einig sind. Sie wollten dann 15-20 Prozent zu dem Durchschnittsverdienst der Werkstatt als Teuerungszulage bewilligen. Endgültig bewilligten sie 25 Prozent.

Günstiglich der verlangten Ueberstunden können wir eine zustimmende Erklärung ab, indem wir darauf hinwiesen, daß Kollegen, um sich der Teuerung zu erwehren, zum Teil schon Ueberstunden machen, was um so befremdlicher sei, da bei der jetzt völlig unzulänglichen Ernährung die Kräfte für die verzeugslich sehrtragliche Arbeitszeit kaum ausreichten. In dem Ergebnis der Verhandlungen nahm am 15. September eine gemeinsame Mitgliederversammlung Stellung und faßte folgenden Beschluß:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Angebot der Arbeitgeber, eine Teuerungszulage von 25 Prozent bewilligen zu wollen. Sie beschließt, diese Zulage unverzüglich zur Durchführung zu bringen, abgleich sie den ungenügenden arbeitsfreien Stellen der Lebensmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände keineswegs entspricht. Die Versammlung erwartet jedoch von den Arbeitgebern, angesichts der immer schwerer werdenden Ernährungsvorgängen infolge der Teuerung, ein weiteres Entgegenkommen.

Die Teuerungszulage sollte Sonnabend, den 16. September, in allen Betrieben gefordert werden, vom 1. September ab sollte Nachzahlung derselben erfolgen. Die 25 Prozent sind zu berechnen von dem im Jahre 1914 erzielten Durchschnittsverdienst. Wo Teuerungszulagen schon gewährt worden sind, dürfen sie auf die 25 Prozent in Anrechnung gebracht werden. Im übrigen ist die Zulage zu gewähren ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Höhe der Löhne. Mit dieser Zulage ist keineswegs ein Ausgleich der Spannung zwischen Verdienst und Teuerung geschaffen, doch hat die generelle Regelung den Vorzug, daß nunmehr die Werkstätten nachgeholt werden können, die bisher noch keine oder doch nur eine gar zu geringe Zulage bekommen hatten. Allerdings bedarf es zur Durchführung des tatkräftigen Eingreifens der organisierten Kollegen.

In Flensburg hat der Arbeitgeber-Schutzverband und die Tischlerinnung auf unseren Antrag hin mit dem 1. Juli eine Erhöhung der Teuerungszulage von 4 auf 6 Pf. pro Stunde eintreten lassen.

In Gersdorf hatten die Tischler im Frühjahr eine Teuerungszulage von 10 Pf. gefordert. Zugestanden wurden damals 5 Pf. Vor kurzem sind nun die Kollegen erneut mit dem Verlangen, die restlichen 5 Pf. zuzulegen, an die Arbeitgeber herangetreten. Letztere haben dem Wunsche der Arbeiter entsprochen, so daß ab 12. August die Zulage 10 Pf. beträgt.

In Lüneburg sollte bei der Firma Wilt. Gröfner u. Sege laut Vertrag ab 1. Juli die Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden verkürzt werden. Die Firma stellte sich zunächst auf den Standpunkt, daß die vertraglichen Bestimmungen nur für die organisierten Arbeiter gelten, und weigerte sich, den in der Poliererei beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, die zum großen Teil dem Verbande fernstanden, die eine Stunde, insbesondere den Lohnausgleich zuzugestehen. Ein Schreiben des Gauvorsitzers blieb unbeantwortet. Erst als sich ein größerer Teil der Fernstehenden dem Verbande angeschlossen hatte und die Werkstattkommission erneut vorstellig wurde, gab die Firma nach und gestand die 53stündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich für den ganzen Betrieb zu.

In Oldenburg hat der Arbeitgeber-Schutzverband vor kurzem eine Erhöhung der Teuerungszulage um 1 Mk. wöchentlich eintreten lassen. Sie beträgt jetzt 2,50 Mk. pro Woche.

In Lemwerder, Zahlstelle Vegesack, hat die Sackwerft von Abeking u. Raschmussen eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde gewährt.

Aus der Holzindustrie.

Das Verbandsjubiläum eines weiblichen Mitgliedes.
Unser Verband zählt eine stattliche Anzahl von Mitgliedern, die der Organisation 25 Jahre und länger ununterbrochen angehören. In die Reihe dieser Jubilare tritt jetzt zum erstenmal ein weibliches Mitglied. Am 1. Oktober feiert unsere Kollegin Kunigunde Kupfer in Rürupberg ihr fünfundsiebenzigjähriges Verbandsjubiläum. Das ist ein Ereignis, bei dem es sich rechtfertigt, einen Augenblick zu verweilen. Wir wissen, wie ungeheuer schwer es ist, die Arbeiterinnen von der Notwendigkeit der arbeitsständischen Organisation zu überzeugen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist verhältnismäßig noch recht gering. In anderen Berufen, in denen die Frauennarbeit eine größere Rolle spielt als in der Holzindustrie, sind die Verhältnisse in der Hinsicht schon besser. Die Furcht, daß ihnen aus der Jugendzeit zum Verband Nachteile erwachsen können, ist bei den Frauen im allgemeinen noch größer als bei den Männern, obwohl sie hier wie dort wenig beachtet ist. Das Wachstum der Gewerkschaften, ihr steigender Einfluß hat die Aufmerksamkeit genötigt mit der Organisation der Arbeiter als einer geordneten Sache zu rechnen. Wo noch Nachregelungsgefühle bestehen,

Ist der Zusammenhalt der Arbeiterschaft ein gutes Mittel, sie zu vertreiben.

Der Ausbreitung der Organisation unter den Arbeiterinnen hinderlicher ist die Auffassung, der man noch häufig begegnet, daß die Fabrikarbeit für die Frau nur ein vorübergehender Zustand ist.

Den Frauen, aber auch den Männern, die in der Holzindustrie beschäftigt sind, kann unsere Jubilarin als ein Vorbild für dem Verband bewahrte Treue vorgeführt werden.

Runigunde Ruppert ist vom Leben hart angefaßt worden. Am schwersten traf sie der Tod ihres Gatten. Im Jahre 1894 hatte sie einen Verbandskollegen, den Pinselmacher Ruppert, geheiratet.

Unserer Jubilarin, die auf ein Leben voll Mühe und Arbeit zurückblickt, bringen wir die herzlichsten Glückwünsche dar.

Gewerkschaftliches.

Die Organisation der Brauereiarbeiter

Konnte am 23. September ein Jubiläum feiern. An diesem Tage waren 25 Jahre verflossen, seitdem der Brauer-Verband auf eine modern gewerkschaftliche Grundlage gestellt wurde.

Der Beschluß des Verbandstages vom Jahre 1891 hatte zunächst eine Spaltung der Organisation zur Folge. Bei dem reorganisierten Verband verblieben zunächst nur rund 500 Mitglieder.

Der Schneider-Verband hielt in der Zeit vom 11. bis 14. September in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab.

bildete die Stellungnahme zur Kündigung der Tarife. Es wurde beschlossen, alle mit dem Arbeitgeber-Verband abgeschlossenen Tarife am 1. Dezember zu kündigen.

Literarisches.

„Sozialdemokratische Feldpost“ ist der Titel einer seit Mitte Mai d. J. erscheinenden Zeitschrift, die vom J. K. Verlag (Albert Baumeister), Berlin SW. 68, herausgegeben wird.

Die „Sozialdemokratische Feldpost“ kostet vierteljährlich 50 Pf. und kann bei jedem Postamt bestellt werden.

Gestorbene Mitglieder.

- Herm. Meile, Maschinenarbeiter, 52 J., gest. in Rabenau.
Max Scheinplug, Stuhlbauer, 31 J., gest. in Rabenau.
August Weiß, gest. in Reddinghausen.

Ehre ihrem Andenken.

Energischer, umsichtiger Meister

für Beaufsichtigung der Möbeltischlerei und einer Holzbearbeitungs-Werkstatt, in welcher Geräte und Behälter für den Molkereibetrieb hergestellt werden, gesucht.

Möbeltischler

welche bessere Speisezimmer nach Zeichnung arbeiten können, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.

Tüchtige Tischler auf eigene Herren- und Speisezimmer nach Zeichnung bei hohem Lohn sofort gesucht.

Tüchtige Tischler auf furnierte Möbel für dauernde Beschäftigung gesucht.

Gesucht werden tüchtige Tischler auf eigenfurnierte Möbel, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, gegen sehr gut berechneten Akkord oder hohen Lohn bei dauernder Arbeit.

für dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht Schreiner, Beizer, Polierer, Fertigmacher.

1 Tischler für Bau- und Maschinenarbeit und 1 Gatterschneider

suchen u. erbittet Angebots- u. Lohnforderung Emil Grimm & Co., G.m.b.H., Strelitz (Meckl.).

Tüchtige Möbeltischler

für dauernd stellt ein Kunsttischlerei Hirschwald, Weimar, Cranachstr. 28.

Tüchtige Metalliker und Fertigmacher sowie einige Polierer finden dauernde Beschäftigung bei

Schwarz-Polierer

Schwarz-Polierer Klavier: Hochglanzarbeit beherrschen und im Klavierfach tätig waren. Dauernde, gutlohnende Stellen. Schriftliche Angebote mit Referenzen, Lohnangaben usw. an: Frankfurter Musikwerke-Fabrik

Arbeitsnachweis Kiel, Rehdensstraße, sucht Bau- und Möbeltischler.

Drechsler

für Dvaktrohen finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Kunstanstalt B. Grosz, A.-G., Leipzig-R., Eilenburger Straße.

60 Stuhlbauer Sesselbauer Tischler

sofort gesucht bei höchsten Löhnen. Reisevergütung nach 14 Tagen. Meldungen an Erzgebirgische Holzindustrie

Brand-Erbisdorf b. Freiberg in Sachsen.

Einige Stuhlbauer finden sofort dauernde u. lohnende Beschäftigung.

Mehrere Korbmacher für Wulsdorf gesucht bei Tariflohn nebst Leurnguzulage. Arbeitsnachweis des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Bremerhaven, Deich 55.

Mehrere Korbmacher, auch verheiratete, auf Weißgeschlagen u. Grün finden dauernde und gute Stellung bei Georg Kappel, Korbmachermeister, Waren i. Mecklenbg.

Tüchtige Korbmacher

für Geschößkörbe zu Tarifklasse I werden eingestellt. Theodor Reimann, AqL. Hoflieferant, Dresden-R., Königstr. 3.

Korbmacher

auf Grüngeschlagen und Mattarbeit bei 50 Prozent Tarifausschlag sucht S. Kühn, Kößchenbroda.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Bochenbericht vom Sonnabend, 16. September, bis Freitag, 22. September 1916

Table with columns: Ort, Bau-tischler, Möbel-tischler, Maschinen-arbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows: Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Eisenburg, Jost, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Bor. Woche.

Korbmacher auf Reparaturen und Geschlagen für sofort oder später gesucht. S. Ahrens, Korbfabrikant, Rendsburg (Holstein).

Tüchtige Korbmacher

auf Gestellarbeit und Geschlagenes suchen bei gutem Lohn G. Mayer, Stuttgart, Schulstr. 2.

Korbmacher auf Grüngeschlagen und Mattarbeit bei 50 Prozent Tarifausschlag sucht Robert Hörnig, Korbmachermeister, Radebeul-Dresden, Gartenstr. 8.

Korbmachergehilfe auf Grün bei dauernder Beschäftigung gesucht. Johs. Schröder, Stiel-Wil.

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Volks-Nr. 768 S. Gebd. 6,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Östpreussisches Sagenbuch, gebunden 50 Pf. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Werkzeug-Neuheiten

jeder Art. Jeder verlange sol. gratis u. fr. Preislisten von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelner Strasse 31.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Aus Amerikas Arbeiterbewegung

Von C. Regien. Mit zahlreichen Abbild., 203 Seiten, elegant gebd., nur 2 Mk. (Aus Leben und Arbeit in der neuen Welt.) Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.